



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

**am 25.01.2018
im Sitzungssaal des Rathauses**

I. Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen vom 07.12.2017 und 14.12.2017
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 14.12.2017
3. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Schützendorf - Feststellungsbeschluss
4. Bebauungsplan Nr. 30 für ein Sondergebiet zur Errichtung einer Photovoltaikanlage in Schützendorf - erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss
5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet "Zum Spitzgarten" in Röckenhofen - Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss
6. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet "Zum Spitzgarten" in Röckenhofen - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
7. Bebauungsplan für ein Wohngebiet in Untermässing - Aufstellungsbeschluss
8. Bauvoranfrage auf Neubau eines Bio-Hähnchenstalles mit Wintergarten, Kotlager, Gastank, Futtersilos mit Grünauslauf und einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Österberg
9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
10. Umgestaltung der Altstadt in Greding - Information über den Sachstand der Beleuchtung im Bereich des Marktplatzes
11. Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
12. Mittelfristige Finanzplanung für 2017 bis 2021 und Stellenplan
13. Zuschuss für die Anschaffung eines Segelflugzeuges
14. Erklärung der Waldflächen im östlichen Umfeld von Greding zum Erholungswald "Galgenberg"
15. Stellungnahme zum Antrag auf Aufstieg von Flugmodellen am Hofberg
16. Mitteilungen und Anfragen

II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Manfred Preischl	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer		X	Entschuldigt
Michael Beringer	X		
Maria Deinhard	X		
Josef Dintner	X		
Max Dorner	X		
Harald Gerngroß	X		
Stefan Greiner		X	Entschuldigt
Mathias Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Franz Miehling	X		
Günther Netter		X	Entschuldigt
Roland Pohl	X		
Thomas Schmidt	X		ab 19.36 Uhr
Markus Schneider	X		
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		

Erster Bürgermeister Preischl als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 18 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwe- send	Abwe- send	Abwesenheitsgrund
Karlheinz Metzger	X		
Roland Nuber	X		

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Franz Hiebinger	
Katrin Hubmer	
Johann Schmauser	

Sonstige Sachverständige bzw. sachkundige Personen, Presse
Herr Luff vom Hilpoltsteiner Kurier
Herr Leykamm von der Hilpoltsteiner Zeitung
Frau Felmann von der Energiebauern GmbH zu TOP 3 und 4

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 4

III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	21:35 Uhr

V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

TOP 1.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen vom 07.12.2017 und 14.12.2017
---------------	--

Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 17:0

Der Stadtrat genehmigt die Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen vom 07.12.2017 und 14.12.2017.

TOP 2.	Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 14.12.2017
---------------	--

Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 14.12.2017 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

TOP 1 Ankauf von 30 Einsatzjacken THL für die Freiwillige Feuerwehr Greding

Der Stadtrat beschließt den Ankauf von 30 Einsatzjacken THL für die Freiwillige Feuerwehr Greding bei der Firma Texport Handelsgesellschaft mbH, Freilassing, zum Angebotspreis von 9.817,50 Euro brutto.

TOP 2 Neubau eines Radweges zwischen Greding und Mettendorf – Vergabe der Ingenieurleistungen für die Erstellung des landschaftspflegerischen Begleitplanes

Der Stadtrat beauftragt die Landschaftsarchitektin Bernadette Baumgartner, Büchenbach, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes mit der Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplanes und der Durchführung der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung. Die Kosten für die gesamten Leistungen betragen 11.262,45 Euro.

TOP 3.	10. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding für ein Sondergebiet Photovoltaikanlage Schutzendorf - Feststellungsbeschluss
---------------	--

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Schutzendorf hat der Stadtrat am 17. Dezember 2009 beschlossen, dass der Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Greding geändert wird.

Am 14. Juli 2011 wurde seitens des Stadtrates beschlossen, dass mit einer verringerten Fläche der Photovoltaikanlage die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden kann.

Im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 16.11.2017 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. In der Zeit vom 07. Dezember 2017 bis einschließlich dem 12. Januar 2018 wurde die Bürgerbeteiligung, mit Schreiben vom 27. November 2017 und Fristsetzung zum 05. Januar 2018 wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahmen aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragene Abwägung gemäß der Tabelle und beschließt die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan für ein „Sondergebiet Photovoltaikanlage Schutzendorf“ in der Gemarkung Schutzendorf in der Fassung vom 25.01.2018 und stellt die Änderung fest.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Feststellungsbeschluss nach Genehmigung durch das Landratsamt Roth ortsüblich bekannt zu machen.

Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Greding wird mit der ortsüblichen Bekanntmachung wirksam.

TOP 4.	Bebauungsplan Nr. 30 für ein Sondergebiet zur Errichtung einer Photovoltaikanlage in Schutzendorf - erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss
---------------	---

Sachverhalt:

Zur Planung und Projektierung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Schutzendorf hat der Stadtrat am 17. Dezember 2009 beschlossen, dass ein qualifizierter Bebauungsplan hierzu aufgestellt wird.

Am 14. Juli 2011 wurde seitens des Stadtrates beschlossen, dass mit einer verringerten Fläche der Photovoltaikanlage die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden kann.

Im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 16.11.2017 wurde die Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. In der Zeit vom 07. Dezember 2017 bis einschließlich dem 12. Januar 2018 wurde die Bürgerbeteiligung, mit Schreiben vom 27. November 2017 und Fristsetzung zum 05. Januar 2018 wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der benachbarten Gemeinden durchgeführt.

Die Stellungnahmen aus der Beteiligung können der Tabelle entnommen werden. Ferner sind in der Tabelle die Beschlussvorschläge hierzu aufgeführt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Über jede Stellungnahme wurde ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Der Stadtrat billigt die vorgetragenen Änderungen und Ergänzungen gemäß der Abwägungstabelle und beschließt die Erarbeitung des endgültigen Entwurfes und eine erneute öffentliche Beteiligung.

Die Stadtverwaltung bzw. die Firma Energiebauern GmbH, Sielenbach, werden ermächtigt, die Beteiligung der Öffentlichkeit, die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Beteiligung der benachbarten Gemeinden vorzunehmen.

Da durch die Änderungen und Ergänzungen die Grundzüge der Planung nicht berührt wurden, wird die Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch auf die von den Änderungen betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange beschränkt.

TOP 5.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet "Zum Spitzgarten" in Röckenhofen - Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss
---------------	---

Sachverhalt:

Der Stadtrat hat in der Sitzung am 18. Mai 2017 den Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet „Zum Spitzgarten“ in Röckenhofen gefasst.

Es sollen zwei Bauparzellen in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen werden.

Bei einem Bebauungsplan der Innenentwicklung kann das beschleunigte Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch angewandt werden. Dieser Zusatz muss im Beschluss und in der Bekanntmachung enthalten sein, weshalb hier eine Ergänzung erforderlich ist.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet „Zum Spitzgarten“ in Röckenhofen im Nachgang zum Beschluss vom 18. Mai 2017 im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung gemäß § 13a des Baugesetzbuches.

TOP 6.	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet "Zum Spitzgarten" in Röckenhofen - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
---------------	---

Sachverhalt:

Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet „Zum Spitzgarten“ in Röckenhofen wurde in der Stadtratssitzung am 18. Mai 2017 gefasst.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes wurden zwei Parzellen ausgespart. Dies war dem Umstand geschuldet, da auf einem benachbarten Grundstück noch eine Siloanlage, welche dem Betrieb eines landwirtschaftlichen Unternehmens diene, vorhanden war. Die Siloanlage ist baulich noch vorhanden, der Betrieb wurde zwischenzeitlich jedoch eingestellt.

Diese zwei zuvor genannten Parzellen mit einer Größe von 693 m² (Flur-Nr. 254/2) und 991 m² (Flur-Nr. 254/3) wurden bei der Erschließungsanlage für das Wohngebiet bereits berücksichtigt. Sie sind vollständig erschlossen und können somit bebaut werden. Der Umgriff des Bebauungsplanes wurde um diese beiden Grundstücke ergänzt. Die weiteren Regelungen des Bebauungsplanes werden unverändert beibehalten.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt, dass für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 für das Wohngebiet „Zum Spitzgarten“ in Röckenhofen auf der Grundlage der vorgestellten Planung die öffentliche Auslegung durchgeführt wird. Die max. Gesamthöhe des Wohngebäudes wird auf 8,50 m festgesetzt.

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Beteiligung der Öffentlichkeit, die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Beteiligung der benachbarten Gemeinden vorzunehmen.

TOP 7.	Bebauungsplan für ein Wohngebiet in Untermässing - Aufstellungsbeschluss
---------------	---

Sachverhalt:

In Untermässing soll am südöstlichen Ortsrand ein Wohngebiet ausgewiesen werden, damit seitens der Stadt Greding Parzellen für Bauwerber zur Verfügung gestellt werden können.

Verkehrstechnisch erschlossen werden soll die Baufläche über den Gartenweg.

Im zukünftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden sich Teilflächen der Grundstücke mit den Flurnummern 358, 33/2, 36 und 40.

Die Gesamtfläche beträgt rund 0,71 ha. An eine Ausweisung von 9 Bauplätzen ist gedacht.

Gemäß § 13b Baugesetzbuch (BauGB) kann unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 31. Dezember 2019 für Bebauungspläne zur Wohnnutzung auf Flächen, die sich an bebaute Ortsteile anschließen, das beschleunigte Verfahren eingeleitet werden. Dieses soll hier zur Anwendung kommen, da Vorteile, z. B. hinsichtlich naturschutzfachlicher Ausgleichsregelungen, zu erwarten sind.

Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist nicht erforderlich, da hier bereits ein Wohngebiet ausgewiesen ist.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes auf den Teilflächen der Grundstücke mit den Flur-Nummern 358, 33/2, 36 und 40 in der Gemarkung Untermässing zur Ausweisung eines Wohngebietes.

Die für die Nutzung vorgesehenen Grundstücke werden als Bebauungsplan Nr. 41 dargestellt. Eine Bezeichnung für das Wohngebiet muss noch gefunden werden.

Das Baugebiet soll als Allgemeines Wohngebiet nach § 4 der Baunutzungsverordnung neu geplant und festgesetzt werden.

Es wird das beschleunigte Verfahren ohne Umweltprüfung gemäß §13b Baugesetzbuch angestrebt.

TOP 8.	Bauvoranfrage auf Neubau eines Bio-Hähnchenstalles mit Wintergarten, Kotlager, Gastank, Futtersilos mit Grünauslauf und einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Österberg
---------------	---

Sachverhalt:

Michael Stadler aus Österberg plant einen Bio-Hähnchenstall mit Wintergarten, Kotlager, Gastank, Futtersilos, Grünauslauf und einer Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Gemarkung Österberg.

Die Bauvoranfrage ist eine Alternativplanung zu dem bereits eingereichten Bauanträgen in der Gemarkung Kleinnottersdorf. Der Bauantrag für den Stall wurde am 10. August 2017 und für das Kotlager am 16. Oktober 2017 im Stadtrat behandelt, das gemeindliche Einvernehmen wurde erteilt.

Der alternative Standort für das Bauvorhaben befindet sich in der Gemarkung Österberg, Flur-Nr. 118. Das Grundstück befindet sich mittig zwischen Röckenhofen und Österberg und ist ca. 1,1 km Luftlinie von den Ortschaften entfernt. Die nördlich und westliche angrenzenden Grundstücke sind mit Freiflächenphotovoltaikanlagen bebaut.

Der rechteckige eingeschossige Stall und das Kotlager werden parallel zum Feldweg Flur-Nr. 124 errichtet. Die Gebäudeabmessungen des Stalles betragen rund 95 m auf 18 m. Das Gebäude ist mit einer Wandhöhe von 4,50 m und mit einer Firsthöhe von 7,50 m geplant und schließt mit einem asymmetrischen Satteldach ab.

Das Kotlager hat eine Abmessung von 12 m auf 10 m. Die Firsthöhe des Gebäudes beträgt 6,69 m, die Wandhöhe liegt bei 5,92 m und wird mit einem Satteldach abgeschlossen.

Anstelle der damals im Bauantrag geplanten zwei Herden, plant der Antragsteller für diesen Standort 3 Herden á 4.800 Masthähnchen. Die Nutzfläche für die 14.400 Hähnchen beträgt im Gebäude rund 1750 m². Im Außenbereich wird je Hähnchen ein Grünauslauf von 4 m² eingeplant, somit sind rund 5,8 ha landwirtschaftliche Fläche hierfür notwendig.

Die Fläche für den Grünauslauf soll zusätzlich als Freiflächenphotovoltaikanlage genutzt werden.

Die bereits mit dem Bauantrag eingereichte Betriebsbeschreibung bleibt Bestandteil der Bauvoranfrage.

Die Zufahrt auf das Grundstück des Antragstellers soll von der Kreisstraße RH 28 über die Gemeindeverbindungsstraße von Röckenhofen nach Untermässing und den anschließenden öffentlichen Feldwegen Flur-Nr. 145, Gemarkung Röckenhofen, und Flur-Nr. 124, Gemarkung Österberg, erfolgen

Das Grundstück ist noch nicht erschlossen. Die Zufahrt, die Versorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser sowie die Abwasser- und Oberflächenwasserentsorgung sind Bestandteil einer Erschließungsvereinbarung, welche auch die Grundlage für die Errichtung der Hähnchenmasthalle bildet.

Der Bauherr benötigt einen Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgung und einen Stromanschluss. Eine Anbindung ans Wasserversorgungsnetz und ans Stromnetz soll über den Feldweg zur der Kläranlage Röckenhofen erfolgen.

Das Grundstück ist im Flächennutzungsplan als landwirtschaftliche Fläche gekennzeichnet.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Preischl ergänzte, dass aus Sicht der Verwaltung die grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens als vorhanden gesehen wird.

Stadtrat Beringer führte aus, dass sich der Stadtrat 2017 ausführlich mit dem Projekt beschäftigt habe. Der damals beantragte Standort bei Kleinnottersdorf wurde als sehr kritisch gesehen. Auch das Informationsverhalten des Bauwerbers wurde äußerst kritisch beurteilt. Lobend sei zu erwähnen, dass der Bauwerber inzwischen Diskussionsbereitschaft zeige. Die damals vorgebrachten Argumente gegen das Vorhaben würden auch für den neuen Standort bei Röckenhofen gelten. Das Prozedere nach dem „Florians-Prinzip“ würde die Bürgerinnen und Bürger aus Röckenhofen verärgern. Nicht unerwähnt möchte er lassen, dass der Stall jetzt größer geplant sei und auch ein rund 5.000 mehr Tiere gehalten werden sollen. Die gesamte Zufahrt erfolge über die Gemarkung Röckenhofen. Er fordere, dass der Alternativstandort bei Österberg Richtung Buch geprüft werden müsse. Dieses sei aus seiner Sicht am besten geeignet. Die Bedenken aus Röckenhofen müssten im Verfahren genauso berücksichtigt werden, wie die Bedenken aus Kleinnottersdorf beim vorausgegangenen Verfahren.

Stadträtin Deinhard betonte, dass in Österberg nach wie vor eine sehr gute Dorfgemeinschaft vorhanden sei. Es gäbe noch vier Vollerwerbslandwirte. Der Bauwerber habe sich erfreulicherweise Gedanken über die Bedenken aus Kleinnottersdorf und Österberg gemacht und mit einem neuen Standort, der nicht mehr 270 m sondern 1,1 km von der nächsten Wohnbebauung entfernt ist, darauf reagiert. Der jetzt beantragte Standort sei von Österberg, Röckenhofen und der Kreisstraße aus kaum einsehbar. Der Bauwerber schaffe sich eine neue Existenz, die den Veränderungen der Landwirtschaft Rechnung trage. Er sei auch dem Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger nachgekommen und auch mit den Jagdgenossen strebe er eine einvernehmliche Lösung an.

Stadtrat Dintner erinnerte an den Appell zur Prüfung eines weiteren Alternativstandorts in Österberg Richtung Buch.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat erteilt der Bauvoranfrage auf Neubau eines Bio-Hähnchenstalles mit Wintergarten, Kotlager, Gastank, Futtersilos und Grünauslauf der zusätzlich mit einer Freiflächenphotovoltaikanlage bebaut werden soll in der Gemarkung Österberg grundsätzlich das gemeindliche Einvernehmen.

Voraussetzung für das gemeindliche Einvernehmen ist, dass eine Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB vorliegt, welche im Verfahren geprüft werden muss. Ferner gilt das Einvernehmen nur dann als erteilt, wenn alle immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Wenn der Bau der Freiflächenphotovoltaikanlage nicht im Zusammenhang mit dem Bau des Bio-Hähnchenstalles steht, und somit keine Privilegierung nach § 35 Abs. 1 BauGB greift, muss diese in einem separaten Verfahren beantragt werden.

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Bauwerber eine Vereinbarung zu schließen, welche die Erschließung des Grundstückes regelt.

Dem Bauwerber wird empfohlen einen Alternativstandort in Österberg Richtung Buch zu prüfen.

TOP 9. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge

Sachverhalt:

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Jaksch Simone und Dominik, Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung und Garage in Greding
- Balassa -Varga Susanne, Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage in Greding
- Lauterkorn Michael, Neubau eines Carports mit Zufahrt in Untermässing
- Hackner Michael, Neubau einer Garage mit 4 Stellplätzen in Herrnsberg
- Schön Norbert, Neugestaltung des bereits ausgebauten Dachgeschosses mit 2 Gauben in Obermässing
- Rehm Julia und Behrendt Andreas Ingo, Tektur zum Bauplan in Untermässing
- Holzmann Sabine und Kurt, Wohnhausanbau in Greding

TOP 10. Umgestaltung der Altstadt in Greding - Information über den Sachstand der Beleuchtung im Bereich des Marktplatzes

Sachverhalt:

Im Zuge der Umgestaltung der Altstadt in Greding soll auch die öffentliche Beleuchtung im Bereich des Marktplatzes verbessert und saniert werden.

Am 21. September 2017 wurde von Herrn Bamberger vom Ingenieurbüro Bamberger GmbH & Co. KG, Pfünz, in der Sitzung des Stadtrates die Entwurfsplanung für die öffentliche Beleuchtung im Bereich des Marktplatzes vorgestellt. Der Stadtrat hat die vorgestellte Planung befürwortet.

Am 26. Oktober 2017 fand eine Besprechung mit der Regierung von Mittelfranken, Städtebauförderung, sowie den beiden Besitzern der Anwesen, deren Gebäude angestrahlt werden sollen, statt. Die Vertreter der Regierung von Mittelfranken brachten keine Einwände gegen die vorgestellte Planung vor. Die Besitzer der Gebäude stimmen einer Beleuchtung der Fassaden der Gebäude zu.

Bei dem Gesprächstermin wurde festgelegt, dass die Fassade der Stadtpfarrkirche St. Jakobus sowie die Fassade des gesamten Schlosses in der Nürnberger Straße in die Planung und Umsetzung einbezogen werden sollen.

Die Ausführungsplanung für die Beleuchtungsanlage liegt nun vor. Die bisher genannten Baukosten in Höhe von 156.000,-- Euro erhöhen sich durch die Erweiterung der Beleuchtungsanlage um 21.000,-- Euro auf 177.000,-- Euro.

Die Beleuchtungsanlage soll nun ausgeschrieben werden, damit eine Umsetzung in diesem Jahr erfolgen kann.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage von zweitem Bürgermeister Brigl betonte Bürgermeister Preischl, dass durch die Erweiterung der Beleuchtung in der Nürnberger Straße und Richtung Kirche, die Laufwegsituation nicht betroffen sei.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der öffentlichen Beleuchtungsanlage im Bereich des Marktplatzes in Greding auf Grundlage der Ausführungsplanung des Ingenieurbüros Bamberger GmbH & Co, Pfünz. Die Baukosten der Maßnahme betragen 177.000,-- Euro.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung der Maßnahme durchzuführen, damit nachfolgend eine Vergabe im Stadtrat erfolgen kann.

TOP 11.	Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018
----------------	--

Sachverhalt:

Für das Haushaltsjahr 2018 sind eine Haushaltssatzung und ein Haushaltsplan zu erlassen. Der Haushalt für das Jahr 2018 wurde in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 12.12.2017 und 08.01.2018 vorberaten.

Die Entwürfe der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans, Finanzplans, Vorberichts, Investitionsprogramms und Stellenplans liegen dem Stadtrat vor.

Diskussionsverlauf:

Herr Hiebinger stellte anhand der beigelegten Präsentation die Eckdaten des Haushalts 2018 vor.

Bürgermeister Preischl:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Entwurf des Haushaltsplanes 2018 liegt Ihnen zusammen mit dem Finanzplan- und Investitionsplan für die Jahre 2019, 2020 und 2021 vor. Gleiches gilt für den aktuellen Stellenplan 2018.

Die Vorarbeiten wurden ab Oktober 2017 durch die Fachbereiche der Verwaltung ausgeführt. Auf Basis dieser Vorarbeiten und Beratungen in den Fachausschüssen wurden am 12. Dezember 2017 und am 08. Januar 2018 die Vorschläge dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und zur Diskussion gegeben.

Die Wünsche und Anregungen wurden in das vorliegende Gesamtwerk eingearbeitet und liegen Ihnen nach der neuerlichen Vorstellung im Haupt- und Finanzausschuss vom 22.1.2018 zur abschließenden Erörterung und - auf Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.1.2018 - zur Verabschiedung vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich auch für das laufende einen Blick auf das Zahlenwerk werfen:

Der Gesamthaushalt beträgt im Jahre 2018 22.584.590 Euro, und gliedert sich in den Verwaltungshaushalt von 13.950.470 Euro und den Vermögenshaushalt von 8.634.120 Euro. Eine erneut hohe Gesamtsumme, die auf einer Steigerung der Verwaltungshaushalts um 12,5 % und einer Steigerung des Vermögenshaushalts von 13,4 % beruht.

Bevor ich den Vermögenshaushalt betrachte einen kurzen Blick auf den Verwaltungshaushalt 2018. Die 4 wesentlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt sind die Kreisumlage mit 3,4 Mio. Euro, die Personalausgaben mit 2,6 Mio. Euro, der Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 2,1 Mio. Euro und die Umlagen, Zuweisung und Zuschüsse mit 1,58 Mio. Euro.

Zusammengefasst bilden diese vier Kostenblöcke 9,68 Mio. Euro somit fast 70 % der Verwaltungsausgaben.

Stellt man den Ausgaben die 4 wesentlichen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes gegenüber, so sind das im Einzelnen, die Einkommenssteuerbeteiligung mit 4,2 Mio. Euro, die Gewerbesteuer mit 2,6 Mio. Euro, die Benutzergebühren mit 1,4 Mio. Euro und die Schlüsselzuweisung mit 1,4 Mio. Euro.

Hier umfassen die vier Einnahmeblöcke insgesamt 9,6 Mio. Euro und somit ebenfalls fast 70 % der Verwaltungseinnahmen.

Aus heutiger Sicht eine konstante Entwicklung und Fortführung des Verwaltungshaushaltes der letzten Jahre, was man auf den heutigen Blick auch für die nächsten 2-3 Jahre derzeit bestätigen kann.

Doch jetzt zum Vermögenshaushalt für das Jahr 2018. Mit 8,6 Mio. Euro Gesamtvolumen sprechen wir von einem herausfordernden Aufgabenblock für das anstehende Jahr.

Dass dies so ist, hat wie schon im letzten Jahr angedeutet verschiedene Gründe: zum einen die wirtschaftliche und finanzpolitische Ausgangslage, zum anderen die aktuellen Fördermöglichkeiten und Fördermaßnahmen und – nach wie vor – die Bereitschaft des Stadtrates in größerem Umfang in die Zukunft von Stadt und Land zu investieren, unseren Lebensraum für uns alle noch schöner, attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Lassen Sie mich auf einige Maßnahmen in der Folge eingehen:
Strukturieren wir den Vermögenshaushalt in drei ausgabewirksame Maßnahmen, als da sind, Tiefbaumaßnahmen mit rd. 4,2 Mio. Euro (49 %), der Hochbau mit rd. 2,3 Mio. Euro (27 %) und der Tilgung von Krediten mit 0,86 Mio. Euro (10 %).

Die drei Maßnahmen zusammen machen insgesamt 7,36 Mio. Euro und somit 85 % der Ausgaben aus.

Nochmals einige finanziell „schwergewichtigen“ Projekte:

Abwasserbeseitigung Greding	1.221.000,00 €
Neubau Feuerwehrgerätehaus OBM:	880.000,00 €
Abwasseranschlage Schutzendorf	815.000,00 €
Breitbandausbau	708.000,00 €
Altstadtsanierung	570.000,00 €

Betrachtet man nur das Bauvolumen im Hoch- und Tiefbau sind wir immer noch bei einer stolzen Ausgabensumme von 6,6 Mio. Euro.

Natürlich darf in der Betrachtung die Einnahmenseite nicht zu kurz kommen. Hier ein Blick auf die größten Einnahmeblöcke des Vermögenshaushaltes 2018.

Den größten Anteil bilden die Zuweisungen und Zuschüsse mit 4,4 Mio. Euro, gefolgt von der Zuführung zum Verwaltungshaushalt mit 2,1 Mio. Euro.

Noch einige Anmerkungen zur Finanzierbarkeit der Maßnahmen.

Auch im Jahr 2018 können wir mit einer Zuführung von 2,1 Mio. Euro vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt die geforderte Mindestzuführung von 559.000 Euro (zugleich ordentliche Tilgung) einhalten, ja übertreffen.

Die in 2017 erwirtschaftete Rücklage von 2,0 Mio. Euro kann zur Finanzierung für die Folgejahre zur Verfügung gestellt werden.

Die Folge daraus ist das in 2018, wie bereits in den Jahren 2016 und 2017, KEINE Kreditaufnahme erforderlich ist.

So ist es uns auch 2018 wieder möglich die ordentliche Tilgung von rd. 559.000 Euro zu leisten.

Die Schuldenlast wird in 2018 von 4.3 Mio. Euro zum Jahresanfang auf die Summe von 3.7 Mio. Euro zu Jahresende reduziert. Dadurch verringert sich die pro Kopf Verschuldung von 575 Euro je Bürger auf absolut 500 Euro.

Noch einige Anmerkungen zum Finanzplan:

Im Finanzplan 2019-2021 finden sich eine Vielzahl von Themen wieder, die zum einen aus der Klausurtagung im März 2017 entstanden sind oder zum anderen aus der täglichen Arbeit resultieren.

Projekte wie Hort, Fortsetzung der Städtebaulichen Planung (St. Martin, etc), Projekte aus der Gemeindeentwicklung, wie Gemeinschaftsraum Höbing, Dorfplatzgestaltungen in Kaising, Esselberg und Grafenberg oder die Abwasserbeseitigung Herrnsberg sind Themen die es gilt in Angriff zu nehmen.

Auch die bauliche Entwicklung wird ab 2019 verstärkt in den Focus geraten. Dies bedarf in 2018 Vorarbeiten für die Baugebiete Distelfeld 2, Attenhofen, Untermässing und Grafenberg. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Schaffung eines neuen Gewerbegebietes.

Alles Investitionen für die Zukunft der Großgemeinde.

Bei allen investiven Maßnahmen behalten wir aber stets die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune im Auge. So planen wir die nichtrentierlichen Kosten weiterhin zu senken und die Schuldenlast in den nächsten Jahren aus heutiger Sicht auf ca. 2,1 Mio. Euro in den nächsten Jahren zu senken.

Noch einen kurzen Blick auf den Stellenplan 2018.

Im Stellenplan 2018 ist im Vergleich zu 2017 eine Erhöhung von 1,52 Personen vorgesehen. Berücksichtigt man die Änderung im Bereich Standesamt und die genehmigte neue Stelle Bauhof, so ergibt sich bei der Gegenrechnung eine Unterdeckung von rechnerisch 0,07 Personen.

Die Summe der Personalkosten 2018 beträgt 2,6 Mio. Euro das sind 18,85 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts.

Wurde in der Planung 2017 noch die Nachbesetzung gefordert sind wir in 2018 stellentechnisch mit Bauhofergänzung in dem gewünschten Umfang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Großgemeinde liegt zu einem hohen Maß in unseren/in ihren Händen.

Mit den gestalterischen Möglichkeiten der Stadt- und Gemeindeentwicklung können wir unserem Lebensraum ein Gesicht und Lebensqualität geben.

Hierzu ist es erforderlich auch in Zukunft die Chancen unseres ländlichen Raumes zu Nutzen und zum Wohle unsere Gemeinde und deren Bürger alles daran zu setzen die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam zu bearbeiten und umzusetzen.

Nur in einem Team aus Stadtrat, Verwaltung, Ortssprechern und engagierten Bürgern ist es möglich unseren gemeinsamen Weg erfolgreich fortzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein komplexes und umfangreiches Zahlenwerk liegt Ihnen wiederum vor, das alle möglichen und machbaren Projekte und Aufgaben ausweist. Alle Ihre Beiträge aus den Haushaltsberatungen sind eingearbeitet.

Meine Damen und Herren,
ich denke ich spreche auch in Ihrem Namen wenn ich stellvertretend für uns alle Herrn Franz Hiebinger, Herrn Michael Pfeiffer und den Mitarbeiter, die bei der Erstellung der diesjährigen Planung einen Beitrag geleistet haben ein herzliches „Dankeschön“ für die Arbeit sage.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat, das Sie bereits kennen, das aber wie kaum ein anderes zu unserer Aufgabe passt.

„Einen Vorsprung im Leben hat, wer da anpackt, wo die anderen erst einmal reden.“ (JFK)

Vielen Dank.“

Stadtrat Dintner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Weihnachtsgruß unseres Ersten Bürgermeisters hieß es auszugsweise: „Wenn wir uns darauf besinnen, was wirklich wichtig ist ...“ und ein paar Zeilen weiter „Machen wir uns gemeinsam auf den Weg dorthin ...“

Diese zwei Aspekte passen ganz hervorragend zu dem Zahlenwerk, dass die Verwaltung vorbereitet und in mehreren Haushaltsberatungen von den Mitgliedern des Stadtrates ergänzt und beraten wurde.

Was ist uns wirklich wichtig:

Keine Frage, das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger, zu dem wir uns bei unserem Antritt im Stadtratsgremium verpflichtet haben.

Im Haushaltsplan 2018 spiegelt sich das beispielsweise wider in Investitionen in den Brandschutz:

Der Neubau des Feuerwehrhauses in Obermässing und die Anschaffung neuer Tragkraftspritzen sind hier neben der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen die Hauptpositionen.

Nach wie vor vermisst die CSU-Fraktion allerdings den seit langem geforderten und vom Stadtratsgremium zu legitimierenden Feuerwehrinvestitionsplan, der wie wir alle wissen, deutlich über eine reine Bedarfsliste hinaus geht.

Auch die Weiterführung der Altstadtanierung mit der Verbesserung der Altstadtbeleuchtung, der Gestaltung der Freifläche in der Langgasse und der Zugang zur Altstadt vom

Altstadtparkplatz aus gehören zu den im Haushaltsplan vorgegebenen Maßnahmen, mit denen wir die Aufenthaltsqualität in unserer Altstadt deutlich steigern wollen.

Was für ein Aufatmen in der CSU-Fraktion, ob des Einlenkens des Bürgermeisters bezüglich der Umgestaltung des Brunnenbereichs. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass das jetzige Provisorium zügigst rückgebaut wird.

Wie seit jeher werden wir auch im neuen Haushaltsjahr die Vereine und Kirchenstiftungen bei Ihren Investitionen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

Ein besonderes Anliegen ist uns allen die Sicherstellung der Kinderbetreuung. Deshalb sind für die Investitionen für den Kindergarten Hl. Familie in Obermässing, den neuen Kinderhort in Greding und für die Restzahlungen bei der Kinderkrippe St. Martin entsprechend hohe Finanzierungsbeträge eingeplant.

Unser Hallenbad bleibt und ist uns lieb und teuer. Diverse Investitionen zum Erhalt sind unumgänglich und werden von uns ausnahmslos mitgetragen. Die Einrichtung eines Arbeitskreises, der schon verschiedene Vorschläge erarbeitet hat, ist ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Attraktivität. Weitere müssen folgen, um auch Einsparpotentiale auszuschöpfen.

Ein besonderes Augenmerk legt die CSU-Fraktion auf die Realisierung eines Gewerbegebietes und die Bereitstellung von Wohnbaugrundstücken. Nicht nur im Stadtgebiet sondern gerade auch in den Dörfern, damit nachfolgende Generationen nicht gezwungen sind anderweitig auszuweichen.

Wir bedauern es sehr, dass dies wie ein aktuelles Beispiel in Untermässing zeigt, nicht immer gelingt. Hier wünschen wir uns seitens der Verwaltung und unseres Bürgermeisters eine noch beherztere und aktivere Herangehensweise.

Es gäbe hier noch eine ganze Reihe weiterer wirklich wichtiger Investitionen zu benennen, die wir in 2018 angehen werden. Sie alle aufzuzählen würde den Rahmen dieser Haushaltsrede jedoch deutlich überstrapazieren.

Positiv sehen wir den Rückgang der städtischen Verschuldung.

Die Beschränkung auf die wirklich wichtigen Ausgaben und Zukunftsinvestitionen einerseits und die gute wirtschaftliche Gesamtsituation andererseits kommen uns hier sehr entgegen.

Allerdings sähen die Haushaltsdaten deutlich schlechter aus, wenn die vorgesehenen Grunderwerbe und Erschließungskosten nicht über eine Drittfinanzierung laufen würden, sondern im Haushalt abgebildet wären. Insofern besteht beileibe kein Grund zur Ausgabeneuphorie.

Die Mitarbeiter unserer Verwaltung leisten hervorragende Arbeit. Dem vorgestellten Stellenplan mit der vorgesehenen Verstärkung im Bauhof stimmen wir uneingeschränkt zu. Sind es doch gerade die Mitarbeiter des Bauhofs, die Tag aus Tag ein für unsere Bürgerinnen und Bürger unterwegs und oft auch die Schnelleingriffstruppe der Stadt Greding sind. Winterdienst zu jeder Tages- und Nachtzeit, Mäharbeiten, Unterhaltsmaßnahmen und Vorbereitung der Märkte sind nur ein winziger Ausschnitt des weiten und oft kräftezehrenden Arbeitsfeldes.

Die seit Jahren stetig ansteigenden Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer – immerhin im Vergleich zu 2015 jeweils 700.000 EUR zusätzlich - machen mehr als deutlich, wem wir unseren positiven kommunalen Haushalt zu verdanken haben: unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Wir finden, dies ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, uns auch weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen tatkräftig und ohne persönliche Animositäten für das Wohl unserer Gemeinde einzusetzen.

In offener, vertrauenswürdiger, sachlicher Diskussion, frei von persönlichen Angriffen, wird uns dies gemeinsam sicher auch gelingen. Wir sind hier auf einem guten Weg.

Abschließend darf ich mich im Namen der CSU-Fraktion für die einwandfreie Vorbereitung des Haushalts bei der Verwaltung, insbesondere Herrn Hiebinger, Herrn Pfeiffer und seinen Mitarbeitern sehr herzlich bedanken.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.“

Stadtrat Miehling:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Kollegen der Stadtverwaltung und Vertreter der Presse,
liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem ja schon zahlenmäßig einiges zum diesjährigen Haushalt gesagt worden ist, möchte ich in Vertretung für unseren Fraktionsvorsitzenden Hermann Kratzer im Namen unserer Fraktion der FREIEN WÄHLER vor allem unserer Verwaltung und hier besonders den zuständigen Kämmerer Herrn Hiebinger für die frühzeitig geleistete Arbeit danken.

Es ist schön, dass wir bereits im Januar den Haushalt für 2018 verabschieden können, der ja wie die Zahlen belegen, heuer wieder ein „Rekord-Haushalt“ werden soll.

Vor allem unser Bauamt wird mit den aufgezeigten Arbeiten stark gefordert sein.

Ich denke, dass es zwar mit dem Leitspruch unserer Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel „Wir schaffen das“ gut gemeint wäre, aber bei Betrachtung der bekannten Personalsituation im Bauamt muss man hier schon realistisch bleiben und ggf. das ein oder andere Projekt auch mal aufschieben können.

Bei genauerer Durchsicht des Haushaltsplanes ist uns FREIEN WÄHLERN nämlich im Nachgang noch aufgefallen, dass die bereits beantragte Renovierung des Milchhäusels in Österberg zwar noch nicht zahlenmäßig erfasst worden ist, aber aufgrund des doch geringen Aufwandes und der geplanten Unterstützung der Ortsbewohner wird es hier sicherlich möglich sein, das Projekt zeitnah durchzuführen.

Ansonsten sind alle Zahlen und Fakten schlüssig dargestellt und nach unserer Ansicht die anstehenden geplanten Projekte detailliert aufgeführt.

Da unsere sonstigen Wünsche und Anregungen in den Haushaltplan 2018 eingearbeitet und berücksichtigt worden sind, wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER dem Haushalt 2018 geschlossen zustimmen.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit im Haupt- und Finanzausschuss an alle Fraktionen bei der Vorbereitung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Stadtrat Gerngroß:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitarbeiter der Verwaltung, geschätzte Vertreter der Presse, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Punkte wurden bereits von meinen Vorredner angesprochen.

Lassen Sie mich doch einige Sichtweisen der SPD-Fraktion zu unseren diesjährigen Haushaltsplan aufzeigen.

Unser Haushalt 2018 könnte auch als „**Positive Herausforderung für die Großgemeinde Greding**“ umschrieben werden.

Positive Herausforderung einmal hinsichtlich der Höhe des Haushaltes rd. 22´584 € (weiterer Spitzenwert) und hinsichtlich der terminlichen Umsetzung der Maßnahmen!

Der Verwaltungshaushalt in Höhe von 13,95 Mio. Euro € wird auf der Ausgabeseite im Wesentlichen durch die Pflichtaufgaben der Kommune geprägt. Auf der Einnahmeseite stechen wiederum die Posten

- Anteil a. d. Einkommensteuer rd. 4,2 Mio. Euro und
- Gewerbesteuer rd. 2,6 Mio. Euro

heraus.

Auch dürfen die Einnahmen aus der Grundsteuer von ca. 744.000 Euro nicht unerwähnt bleiben. Die Grundsteuer ist eine gut kalkulierbare Einnahmegröße und es wäre für unsere Gemeinde fatal wenn an dieser Steuer sich was ändern würde bei gleichzeitig fehlender Kofinanzierung durch das Land oder/und Bund. Die gleiche Problematik gilt bei der z. Z. heftig diskutierten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Eine wesentliche Kenngröße des Verwaltungshaushaltes ist die Höhe der Zuführung zum Vermögenshaushalt. Diese nimmt wieder einen Spitzenwert in Höhe von rd. 2,2 Mio. Euro ein. Damit schaffen wir eine solide Basis für die Finanzierung unserer geplanten Investitionen.

Nun zu unserem Vermögenshaushalt:

Auch wenn wir in 2018 nicht an die Höhe von 2017 (rd. 10 Mio. Euro) herankommen, so sind die ca. 8,6 Mio. Euro ein stattlicher Betrag, der die Attraktivität unsere Großgemeinde weiter erhöhen wird. Auf einige Investitionsblöcke möchten wir explizit hinweisen.

- | | |
|---------------------------------|-------------------|
| - Abwasserbeseitigung | rd. 2,2 Mio. Euro |
| - KIGA, Krippe, Hort | rd. 400.000 Euro |
| - Altstadtsanierung | rd. 700.000 Euro |
| - Wohngrundstücke | rd. 400.000 Euro |
| - Gemeindestraßen | rd. 500.000 Euro |
| - Brandschutz (FFW-Haus Oberm.) | rd. 1 Mio. Euro |
| - Breitbandausbau | rd. 800.000 Euro |

Wie man sieht, wird weiter in richtungsweisende Vorhaben investiert. Einige werden sich jetzt fragen, was ist mit einem Gewerbegebiet? Unser geplantes Gewerbegebiet und Distelfeld 2 wird über einen externen Finanzdienstleister projektbezogen vorfinanziert und taucht somit nicht im Haushalt 2018 auf.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass unser Gesamthaushalt 2018 ohne Kreditaufnahme finanziert werden kann, bei gleichzeitiger Verringerung unserer Schulden um rd. 600.000 Euro von ca. 4,3 Mio. Euro auf 3,7 Mio. Euro bei einem Rücklagenbestand zum 31.12.2018 von immerhin noch ca. 1,7 Mio. Euro. Der Schuldenstand je Einwohner verringert sich dadurch auf ca. 500 Euro. Auch die Prognose für die weitere Entwicklung der Verschuldung bis Ende 2021 stimmt uns sehr optimistisch.

Anhand der hohen Summe von Verpflichtungsermächtigungen von rd. 7,64 Mio. Euro kann man sehen, wie unser diesjähriger Vermögenshaushalt bereits heute die nächsten Haushaltsjahre beeinflussen wird.

Die Erhöhung im Stellenplan um 1,5 MA ist den vielfältigen Projekten geschuldet und diese werden wahrlich auch zukünftig nicht weniger!

Nicht vergessen werden darf, dass unsere Personalkosten (ca. 11,7% v. Gesamthaushalt) noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von ca. 19,3% liegen!

Unseren Haushalt von annähernd 22,6 Mio. Euro gilt es nun mit Leben zu füllen. Bei der Umsetzung dieser vielfältigen Maßnahmen wünsche ich uns allen eine glückliche Hand. Mit dem Haushalt 2018 schaffen wir weitere Grundlagen dafür, dass der erfolgreiche Weg in der Großgemeinde Greding fortgeführt wird.

Die SPD-Fraktion schaut optimistisch in die Zukunft.

Wir bedanken uns bei der gesamten Verwaltung für die gute und offene Zusammenarbeit, besonders bei Herrn Hiebinger für diesen verantwortungsvoll erstellten Haushalt und nicht zuletzt bei der Bauabteilung, die wie alle Jahre die meisten Vorhaben abwickeln und betreuen wird.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!“

Stadtrat Sorgatz:

„Sehr geehrte Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer hier im Sitzungssaal,

Zuerst das Wichtigste, die FDP-Fraktion stimmt dem vorgestellten Haushalt 2018 zu.

Herzlichen Dank an die Verwaltung, Herrn Hiebinger, Herrn Pfeiffer und natürlich auch weitere Personen wie unseren Bürgermeister die nicht nur den Haushalt 2018 entworfen haben, sondern auch während des gesamten Jahres ein wachsames Auge auf die Einhaltung haben. Auch das Pflegen von Kontakten im Netzwerk und das Up-to-Date-sein, wo sich eventuell ein Fördertopf auftut um schnell darauf zu reagieren wird hervorragend praktiziert.

Unser Dank geht auch an unsere Kolleginnen und Kollegen für die gute, sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit und hoffen natürlich, dass dies so fortgeführt wird.

Zahlen im Einzelnen werde ich nicht wiederholen, denn ich weiß ja, dass ich heute als vierter (oder 5. Redner nicht alles wiederholen soll. Dennoch erscheint mir wichtig zu betonen, dass Greding auf einem guten Weg ist. Die Pro-Kopf-Verschuldung geht Ende des Jahres weiter zurück auf rund 500 Euro. Es ist auch keine Kreditaufnahme geplant. Sicherlich sind auch die hohen Rücklagen geschuldet, dass einige Vorhaben wie der Breitbandausbau V1 noch nicht abgeschlossen sind und noch keine Abrechnungen vorliegen. Auch ob alle geplanten Vorhaben für 2018 realisiert werden können hängt von der Leistungsfähigkeit unseres Bauamtes ab. Wir hoffen schnell einen Nachfolger für den Bauamtsleiter Herrn Schmauser zu finden. Herrn Schmauser danken wir sehr herzlich für seine engagierte und hervorragende Arbeit in den vergangenen Jahren.

Auch die Diskussion über Straßenausbaubeiträge kann oder wird zu einer Verzögerung von geplanten Sanierungen führen. Die Forderung der Abschaffung wird zwar vor der Wahl sehr

populär propagiert aber wirft viele Fragen auf. Ich denke, dass eine Modifizierung der bestehenden Satzungen mit Härtefallregelungen, Deckelung der Beiträge und einer Änderung der staatlichen Fördersätze der bessere Weg wäre.

Ein wichtiger Baustein ist natürlich die gesamte gute wirtschaftliche Entwicklung unserer heimischen Betriebe und unserer Bürger mit einer positiven Entwicklung der Einkommen. Bedeutet aber auch unsere Wirtschafts- und Steuerkraft im Landkreis hat sich weiter erhöht und dem zu Folge ist eine höhere Kreisumlage fällig. Trotz einer Senkung der (ich nenne sie immer noch so) Kreisumlagesätze um 0,6% steigt der Anteil Greding von rund 3 Mio. auf rund 3,4 Mio. genau um 386.700 Euro, während die Schlüsselzuweisungen nur um ca. 19.000 Euro steigen. Mit der stattlichen Anzahl von 7 Kreisräten die heute hier am Tisch sitzen (Michael Pfeiffer hab ich als Gredinger mitgezählt), wurde der Kreishaushalt, wenn auch nach sehr intensiven Diskussionen in den Fraktionen und Gremien, im Sinne der Solidargemeinschaft einstimmig beschlossen.

Zu einem meiner Lieblingsthemen, dem Hallenbad, werde ich heute nur so viel sagen, dass die Arbeitsgruppe in kleinen Schritten daran arbeitet das Defizit zu senken. Der große Wurf ist noch nicht in Sicht, wenn gleich nun auch die größere Politik, vielleicht auch durch unsere Öffentlichkeitsarbeit (Dank an unsere Presse) die Problematik erkannt und aufgenommen hat.

Fehler werden in den guten Zeiten gemacht, so ein Spruch unseres Landrates Herbert Eckstein. Wir haben „Gute Zeiten“ und wir sind überzeugt mit diesem Haushalt keine Fehler zu machen.

Mein Freund und Kollege Max Netter hat sich bei seiner Haushaltrede im Kreistag wesentlich kürzer gefasst in dem er sagte: „So wie es ist, ist es gut“.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt den Erlass folgender Haushaltssatzung:

Die Stadt Greding erlässt aufgrund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern für das Jahr 2018 folgende

Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 13.950.470 Euro

und im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit 8.634.120 Euro
ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 7.640.740 Euro festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 320 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 320 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 320 v.H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 1.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

- entfällt -

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2018 in Kraft.

TOP 12. Mittelfristige Finanzplanung für 2017 bis 2021 und Stellenplan

Sachverhalt:

Im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan ist auch über

1. die mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2017 bis 2021
- und
2. den Stellenplan

zu beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Finanzplanung am 12.12.2017 und den Stellenplan am 08.01.2018 vorberaten.

Der Finanzplan und der Stellenplan liegen dem Stadtrat vor.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

3. Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2017 bis 2021 wird beschlossen.
4. Der vorgelegte Stellenplan für das Jahr 2018 wird beschlossen.

TOP 13. Zuschuss für die Anschaffung eines Segelflugzeuges

Sachverhalt:

Der Aero-Club Greding e.V. beantragt mit Schreiben vom 13.12.2017 die Gewährung eines Zuschusses für die Anschaffung eines neuen oder gut erhaltenen gebrauchten einsitzigen Segelflugzeuges. Laut Rechnung vom 18.12.2017 wurde ein Segelflugzeug zu einem Kaufpreis in Höhe von brutto 77.000,00 Euro erworben.

Nach dem Beschluss des Stadtrats vom 19.10.2017 ist die Verwaltung ermächtigt, bei Investitionskosten von 5.000,-- Euro bis 50.000,-- Euro für Neu- und Ersatzbeschaffungen einen Zuschuss in Höhe von 5 % der Gesamtkosten zu gewähren.

Bei Anschaffungskosten über 50.000 Euro erfolgt die Entscheidung durch den Stadtrat im Einzelfall.

Für die hier betroffene Investitionsmaßnahme liegt bereits eine Zuschussbewilligung in Höhe von 5 % der Gesamtkosten in Gestalt des Stadtratsbeschlusses vom 25.01.2007 vor. Die Anschaffungskosten wurden seinerzeit auf ca. 40.000,-- Euro veranschlagt. Der mit Beschluss vom 25.01.2007 bewilligte Zuschuss wurde nicht abgerufen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat beschließt:

1. den Stadtratsbeschluss vom 25.01.2007 über die Bewilligung eines Zuschusses für die Anschaffung eines einsitzigen Segelflugzeuges an den Aero-Club Greding e.V. aufzuheben.
2. an den Aero-Club Greding e.V. für die Anschaffung eines einsitzigen Segelflugzeuges vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltes für 2018 einen Zuschuss in Höhe von 5 % der tatsächlichen Gesamtkosten zu gewähren. Dies entspricht einem Zuschussbetrag in Höhe von 3.850,00 Euro.

TOP 14. Erklärung der Waldflächen im östlichen Umfeld von Greding zum Erholungswald "Galgenberg"

Sachverhalt:

In der öffentlichen Sitzung des Landwirtschafts- und Umweltausschusses der Stadt Greding am 16.10.2012 informierten Herr Gebhard und Herr Adam vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Möglichkeiten zur Ausweisung eines Erholungswaldes in Greding im Bereich „Galgenberg“.

Mit der Ausweisung als Erholungswald können die Kosten der Bewirtschaftung durch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gesenkt und gleichzeitig die Fördermöglichkeiten erhöht werden. Darüber hinaus besteht durch den höheren Anspruch der Bewirtschaftung die Möglichkeit, dass eventuell die Betriebsführung dauerhaft beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten belassen werden kann, da alle übrigen Flächen des Stadtwaldes sehr kleingliedrig gestaltet sind. Eine Beeinträchtigung der Angrenzer oder der Jagdausübung ist nicht gegeben.

Aus diesen Gründen hat die Stadt Greding mit Schreiben vom 08.01.2013 die Ausweisung eines Erholungswaldes beantragt.

Im Dezember 2017 hat der Naturschutzbeirat der Ausweisung zugestimmt. Derzeit werden die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der benachbarten Eigentümer durchgeführt.

Der Verordnungsentwurf mit Lageplan und Bekanntmachung ist in der Anlage beigelegt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 18:0

Der Stadtrat stimmt der Erklärung der Waldflächen im östlichen Umfeld von Greding zum Erholungswald „Galgenberg“ zu.

TOP 15. Stellungnahme zum Antrag auf Aufstieg von Flugmodellen am Hofberg

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 06.12.2014 hatte der Modellsportverein Obermässing e. V. bei der Regierung von Mittelfranken - Luftamt Nordbayern die Erteilung der luftrechtlichen Erlaubnis zum Betrieb von Flugmodellen mit und ohne Verbrennungsmotor bis 25 kg Gesamtmasse von einem Gelände auf dem Grundstück FlNr. 186 der Gemarkung Obermässing, Gemeinde Greding, Lkr. Roth aus beantragt.

Hierzu waren mit Schreiben vom 22.01.2015 die Träger der öffentlichen Belange gehört worden.

Da im Verfahren eine FFH-Vorprüfung und eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchzuführen waren, konnte über den Antrag bislang nicht entschieden werden. Nachdem die naturschutzrechtliche Prüfungen abgeschlossen worden waren und die höhere und die untere Naturschutzbehörde dem Vorhaben unter Auflagen zugestimmt hatten, waren im Verfahren noch die Einwendungen der Immissionsschutzbehörde beim Landratsamt Roth und der Gemeinden mit Ortsteilen im Umkreis von 1,5 km um den Fluggeländebezugspunkt zu prüfen. Am 20.06.2017 wurde in diesem Zusammenhang eine Fluggeräuschmessung durch den Referenten für den technischen Lärmschutz des Luftamtes Nordbayern Dipl.-Ing. Reiner Lux durchgeführt, deren Ergebnisse in dessen immissionsschutzfachliche Bewertung eingeflossen sind. Der Gutachter kommt darin zu dem Ergebnis, dass der beantragte Modellflugbetrieb die vorgegebenen Immissionsrichtwerte der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) an den betroffenen Wohngebieten deutlich unterschreitet. Die Auswertung im Einzelnen können Sie dem in der Anlage beigelegten Bericht des Lärmschutzreferenten vom 22.12.2017 entnehmen.

Nach Auswertung der im Verfahren gewonnen Erkenntnisse beabsichtigt die Regierung von Mittelfranken, dem Modellsportverein Obermässing e. V. die Aufstiegserlaubnis im beantragten Umfang unter Berücksichtigung der von den Naturschutzbehörden geforderten Einschränkungen und Auflagen zunächst probeweise für ein Jahr zu erteilen. Sie gibt der Stadt Greding hiermit nochmals abschließend im Verfahren, insbesondere zu dem Ergebnis der immissionsschutzfachlichen Beurteilung bis spätestens **15. Februar 2018** Stellung zu nehmen.

Da über den Antrag auf Erteilung der Aufstiegserlaubnis nun erst nach Vorliegen des Ergebnisses der Fluggeräuschmessung entschieden werden kann, war das von den Naturschutzbehörden geforderte Monitoring während des erlaubnispflichtigen Modellflugbetriebs in den Monaten März bis Juni/Juli 2017 nicht möglich. Sofern die Regierung von Mittelfranken bis zum o. g. Termin keine gegenteilige Mitteilung erhält, geht sie davon aus, dass von Seiten der höheren und der unteren Naturschutzbehörde Einverständnis damit besteht, dass das Monitoring stattdessen in den Monaten März bis Juni/Juli 2018 durchgeführt wird.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 08.02.2014 den Antrag mit folgender Begründung abgelehnt: Durch die Ausweitung des „Flugbetriebs“ wird die Jagdausübung im Bereich des Hofberges nahezu unmöglich und es kommt zu einer erheblichen nicht hinnehmbaren Beeinträchtigung des Naherholungsgebietes „Hofberg“. Darüber hinaus ist eine extreme Lärmbelästigung für die Bewohner von Hofberg und die Erholungssuchenden zu erwarten. Die Zufahrt würde in einem nicht vertretbaren Maß genutzt und belastet.

Mit Ausnahme der Frage der Lärmbelästigung, die durch die Messung im Juni 2017 umfassend beurteilt werden kann, bleiben die verbleibenden Ablehnungsgründe aus Sicht der Verwaltung bestehen. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Antrag auf Aufstieg von Flugmodellen aus den genannten Gründen auch weiterhin abzulehnen.

Diskussionsverlauf:

Stadtrat Hiemer führte aus, dass er dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen könne. Der Verein halte sich größtenteils an die Vorgaben und das Thema „Lärm“ hätte sich durch das Gutachten erledigt. Die Anwohner am Hofberg und in Obermässing hätten keine Probleme mit dem Antrag. Der Hofberg sei bereits jetzt stark frequentiert. Deshalb stimme er für eine Zustimmung.

Stadtrat Gerngroß entgegnete, dass der Jagdpächter und der Jagdvorstand die Auffassung vertreten, dass die Jagdausübung in diesem Bereich nicht mehr möglich wäre.

Zweiter Bürgermeister Brigl betonte, dass es bei der letzten Abstimmung in erster Linie um den Lärm der größeren Flugzeuge gegangen wäre. Nachdem sich dies erledigt habe, sehe er kein Problem mehr.

Stadtrat Dintner ergänzte, dass die Erkenntnis, dass die Bürger aus Obermässing und Hofberg nicht dagegen hätten, neu wäre. Deshalb sollte der Probetrieb zugelassen werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 11:7

Die Stadt Greding stimmt dem Antrag des Modellsportvereins Obermässing e.V. zur Erteilung der luftrechtlichen Erlaubnis zum Aufstieg von Flugmodellen mit und ohne Verbrennungsmotoren auf dem Grundstück Flur-Nr. 186 der Gemarkung Obermässing befristet für ein Jahr zu.

TOP 16. Mitteilungen und Anfragen

Sachverhalt:

Förderungen

Die bewilligte Zuwendung für den Multifunktionsplatz in Untermässing in Höhe von 33.500 Euro ist am 10.01.2018 bei der Stadt eingegangen.

Einladungen

Die Bavarian Highlander haben den Stadtrat zum Rock-Fasching am 03.02.2018 in Gredoniaheim eingeladen.

Bedarfsermittlung für Kindergarten- und Kinderkrippenplätze

Die Stadt Greding wird im Frühjahr 2018 eine Bedarfsermittlung für Kindergarten- und Kinderkrippenplätze durchführen.

Stadtrat Miehling lud zu zwei Veranstaltungen des BKB zu den Themen Haushalt und Wohnen im Alter ein und teilte mit, dass die Freien Wähler noch Aktionen zur Unterschriftensammlung für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung durchführen werden.

Stadträtin Holzmann führte aus, dass an sie herangetragen wurde, dass die neuen Laufwege im Winter sehr glatt wären.

Stadtrat Markus Schneider forderte die Verbesserung der Beleuchtung im Bereich des Übergangs vom Altstadtparkplatz in die Innenstadt.

Greding, 26.02.2018

Vorsitzender:

Schriftführer:

Manfred Preischl
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer